

Meinungen

Replik auf das Interview mit Hans Hirter im «Bund» vom 31. Dez. 2010. *Philippe Müller*

Hirter irrt

Wollte der Politologe Hans Hirter eine offene Rechnung begleichen? Wenn man seine kaum fundierten Angriffe auf die FDP und auf meine Person liest, drängt sich diese Frage auf.

Im Zuge der Sozialhilfedebatte kamen Mängel ans Licht, die gravierender waren als befürchtet. Deshalb gelang es da den Bürgerlichen, im Stadtrat die Mehrheit zu erzielen. Das wäre «ohne Ansprechpartner» auf der anderen Seite, wie Hirter uns unterstellt, nicht möglich gewesen. Dasselbe gilt für den Erfolg betreffend Entfernung von Sprayereien und weitere Themen. Die FDP war also durchaus Ansprechpartnerin von GFL/EVP - schon vor den Zeiten der Mitte-Parteien.

Weitere unbegründete Vorwürfe Hirters: Mit einer «stärkeren FDP» wäre der Erfolg von BDP und Grünliberalen in der Stadt Bern eine «Eintagsfliege»; zudem habe meine Politik der FDP Wähleranteile gekostet. Die Wähler sehen das anders und haben mir vor neun Monaten auf der städtischen FDP-Liste am meisten Stimmen gegeben. Zudem verzeichnen die genannten Parteien auch ausserhalb der Stadt Bern Erfolge? Ich glaube nicht, dass sich mein Einfluss auf den Kanton oder gar andere Kantone erstreckt. Oder will Hirter verschleiern, dass er im «Bund» vom 5. Februar 2008 die von ihm heute gelobten Grünliberalen als «Phantom» eingestuft hatte - eine peinliche Fehleinschätzung?

Eine Gewohnheit der Linken ist es, der FDP zu sagen, wo sie politisch stehen und womit sie sich beschäftigen solle. So auch Hirter: Die FDP müsse eine «andere Politik» machen, rechts sei schon die SVP. Dagegen wehre ich mich, denn links ist die SP. Und die BDP steht gemäss ihrem Präsidenten Hans Grun-der rechts von der FDP. In den meisten Abstimmungen im Stadtparlament stimmt die BDP gleich wie die FDP.

Wichtige Themen und zentrale Staatsaufgaben wie «Sicherheit» dürfen nicht einzelnen Parteien wie der SVP überlassen werden. Hier hat die FDP viel zu bieten und darf sich nicht von der Linken verschrecken lassen. Wahrscheinlich hätte die SP einfach lieber nur eine SVP zur Gegenspielerin als die FDP, die eine feinere Klinge führt.

In der Berner Politik sehen wir stets einen Kampf um Wähleranteile innerhalb der linken und der rechten Seite, weniger zwischen den Blöcken; diese sind relativ stabil. Die Lausanner Selects-Studie zeigt, dass die FDP seit 1995 massiv bei rechten Wählern Stimmen verloren hat und nicht in der Mitte, dort konnte sie sich halten. Also muss sie innerhalb des bürgerlichen Lagers punkten. Sie leidet zurzeit aber noch unter «Abzocker»-Vorwürfen, wenngleich diese in Stadt und Kanton Bern völlig ungerechtfertigt sind.

Die FDP leistet beachtliche Arbeit in vielen Bereichen wie Schule, Kultur oder Wirtschaft und hat im Stadtrat auf bürgerlicher Seite klar die Führungsposition inne. Die von allen bürgerlichen Parteien mitgetragene Sicherheitsinitiative der FDP führte letztlich zu einer Stärkung der Polizei, während die Initiativen von BDP (Majorzwahl Gemeinderat) und SVP (Reithalle) scheiterten, erstere schon bei der Unterschriftensammlung. Erstaunlich, dass sich ein Dozent für Politikwissenschaft dies von einem Miliz-Lokalpolitiker erklären lassen muss.

Vielleicht leidet Herr Hirter noch unter der von ihm wiederholt erwähnten Sozialhilfedebatte, legte diese doch auf erschreckende Weise die Mechanik linker Machtpolitik offen: Die rot-grünen Parteien haben zu demokratisch fragwürdigen Methoden gegriffen (Berichte zurückhalten, Finanzinspektor unter Druck setzen, Berichterstattung der SDA beeinflussen). Diese Vorkommnisse haben einigen Linkswählern die Augen geöffnet, was zur leichten Verschiebung zugunsten der Bürgerlichen in den letzten Stadtratswahlen beigetragen hat.

Philippe Müller (47) war früher FDP-Fraktionspräsident im Berner Stadtrat und ist heute Grossrat; er ist Mitglied der Geschäftsleitung der CSL Behring AG in Bern.

Tribüne Die Südsudanesen bestimmen ihre Zukunft. *David Lanz und Martina Santschi*

Entscheidend ist die Zeit nach dem Referendum

Vor genau sechs Jahren unterzeichneten die sudanesishe Regierung und die Südsudanese Befreiungsbewegung SPLM ein umfassendes Friedensabkommen. Das Abkommen sah eine sechsjährige Übergangsphase vor, während der sich der Norden und der Süden die politische Macht und die Öleinnahmen teilen. Am Ende sollten die Südsudanesen in einem Referendum darüber abstimmen können, ob sie unabhängig werden oder Teil eines vereinten Sudans bleiben wollen.

Das besagte Referendum findet diese Woche statt, und die Augen der Weltöffentlichkeit sind auf den Sudan gerichtet. Hochrangige Diplomaten schwärmen in das Land; Journalisten berichten rund um die Uhr; und Hunderte Beobachter sind im ganzen Südsudan verteilt und verfolgen den Ablauf der Abstimmung. In Juba, der Hauptstadt des Südsudans, gibt es seit Wochen keine freien Hotelbetten mehr.

Die internationale Aufmerksamkeit ist nützlich und hat eine präventive Wirkung. Präsident Bashirs Aussage, er werde das Resultat des Referendums akzeptieren, sowie die Beteuerungen der SPLM, eine freie und faire Abstimmung zu ermöglichen, sind wohl vor diesem Hintergrund entstanden. Allerdings sind sich Experten über das Verdikt des Referendums schon jetzt einig: Die Südsudanesen wollen einen unabhängigen Staat. Ob die Abspaltung friedlich verläuft, steht jedoch noch nicht fest. Deshalb gilt: Entscheidend ist die Zeit nach dem Referendum.

Die Bezeichnungen Nord- und Südsudan täuschen darüber hinweg, dass die beiden Regionen in verschiedenster Weise miteinander verflochten sind. Trotz Konflikten teilen sie eine gemeinsame Geschichte und seit der Kolonialzeit einen gemeinsamen Staat. Weiter kommen reger Handel und Migrationsströme dazu. Bei einer Teilung entstehen viele praktische Probleme, die in der aufgeheizten Stimmung des Referendums zu politischen Problemen werden.

Eine zentrale Frage betrifft die schätzungsweise 1,5 Millionen Südsudanesen, die im Nordsudan leben, und umgekehrt die Nordsudanesen, die sich vor Generationen im Süden niedergelassen haben. Bei einer Teilung würden diese Menschen zu Ausländern im eigenen Land. Deshalb ist es wichtig, ihre Staatszugehörigkeit zu klären



Der amerikanische Schauspieler George Clooney gestern als Wahlbeobachter in Juba mit Salva Kiir, dem Präsidenten des Südsudans (rechts mit Hut). Foto: Jerome Delay (AP)

und vor allem den Schutz ihrer Bürgerrechte zu gewährleisten.

Die Grenzziehung ist eine zweite Herausforderung. Die SPLM konnte sich bisher nicht mit der Regierung in Khartoum einigen, obwohl die Nord-Süd-Grenze gemäss Friedensabkommen seit 2005 feststehen sollte. Um-

Die Autoren

David Lanz und Martina Santschi forschen zum Sudan als Doktoranden an der Universität Basel resp. Bern. Sie sind wissenschaftliche Mitarbeiter bei der Schweizerischen Friedensstiftung Swisspeace und leiten zusammen die Sudan-Plattform: www.swisspeace.ch/sudan.



stritten ist vor allem die Grenze in ölfreien Regionen und in für Viehzüchter wichtigen Gebieten mit Weiden und Wasserquellen.

Die Gefahr besteht, dass sich an Gebietsstreitigkeiten Konflikte entzünden, wie dies 2008 in der Region Abyei geschah. Danach haben die Parteien den Entscheid um die Grenzziehung in Abyei an den Ständigen Schiedsgerichtshof in Den Haag überwiesen. Dessen Schiedsspruch wird jedoch von lokalen Nomaden bis heute abgelehnt, und so wird weiter über den Status von Abyei verhandelt.

Die grösste Herausforderung betrifft das Öl, von dem sowohl die Regierung in Khartoum als auch der zukünftige Staat im Südsudan abhängig sind. Auch nach der Teilung sind die beiden Seiten aufeinander angewiesen: Drei Viertel der Erdölvorkommen liegen auf südsudanese-

ischem Gebiet, aber die einzige Pipeline führt durch den Norden. Diese Konstellation ist eine Chance, weil sie die Opportunitätskosten eines erneuten Krieges ansteigen lässt und einen Kompromiss für beide Parteien interessant macht.

Um einen solchen Kompromiss werden die sudanese Regierung und die SPLM nach dem Referendum ringen. Dank der Vermittlung des ehemaligen südafrikanischen Präsidenten Thabo Mbeki sind bereits einige Fortschritte erzielt worden, aber ein Abkommen ist noch in weiter Ferne. Durch technische Expertise, politische Unterstützung und Anreize für die Parteien kann die internationale Gemeinschaft zu einer Lösung beitragen. Es ist zu hoffen, dass der Sudan im Fokus bleibt, auch nachdem der Tross der Diplomaten, der Journalisten und der Beobachter abgezogen ist.

Cholera in Haiti Ein Jahr nach dem Erdbeben funktioniert das humanitäre Hilffsystem immer noch nicht recht. *Unni Karunakara*

Koordination als Selbstzweck

In Haiti, diesem kleinen, gut zugänglichen Land, findet seit dem Erdbeben vom 12. Januar 2010 einer der grössten und am besten finanzierten internationalen Hilfseinsätze statt. Rund 12 000 Nichtregierungsorganisationen sind vor Ort. Es stellt sich deshalb die Frage, warum trotzdem 2000 Menschen an Cholera sterben mussten. Denn diese Krankheit ist leicht zu verhindern und zu behandeln.

Ende November kam ich in Haitis Hauptstadt Port-au-Prince an und fand meine Kollegen von Médecins Sans Frontières (MSF) völlig überlastet vor: Sie hatten bereits mehr als 30 000 Cholerapatienten behandelt. Aber nur wenige andere Organisationen halfen bei den grundlegenden Tätigkeiten zur Eindämmung der Krankheit mit: Chlorieren von Wasser oder Abfallmanagement. Der Hauptgrund: Sie waren vor allem mit der Koordination der Hilfe beschäftigt.

100 000 erkrankt

Zehn Tage nachdem die Epidemie Port-au-Prince erreicht hatte, mussten unsere Teams feststellen, dass die Einwohner des Slums Cité Soleil noch immer keinen Zugang zu chloriertem Trinkwasser hatten, obwohl Hilfsorganisationen extra Gelder angenommen hatten, um die Versorgung sicherzustellen. So begannen wir selbst, Wasser zu chlorieren. Ausserdem gibt es in der 3,5-Millionen-Stadt noch heute nur ein

einziges funktionierendes Abfallsorgungssystem. Mittlerweile sind landesweit mehr als 100 000 Menschen erkrankt.

Fehlende Transparenz

Untersuchungen über die Ursachen der Epidemie und die Ausbreitung wurden bislang nicht veröffentlicht, obwohl diese Informationen elementar für die Bekämpfung der Cholera sind. Hypothesen reichen von der Kontamination des Flusses Artibonite durch UNO-Friedenstruppen über Klimaveränderungen bis hin zu Voodoo-Zauber. Fehlende Transparenz und Argwohn haben Gewalt provoziert.

Ein grosser Teil der Hilfe konzentriert sich auf Port-au-Prince, während unerfahrene Gesundheitsarbeiter in ländlichen Gebieten, in denen die Cholera grassiert, kaum Unterstützung erhielten. Teams von MSF haben Gesundheitszentren entdeckt, in denen lebensrettende orale Rehydrationslösungen ausgingen. Sie fanden auch Kliniken, die einfach verlassen wurden.

Obwohl viele NGOs noch immer über ausreichende Gelder verfügen, rufen sie zu neuen Spenden für die Bekämpfung der Cholera auf. Ihre Begründung: Die vorhandenen Hilfsgelder seien in längerfristigen Programmen gebunden. Das klingt ungläubwürdig, wenn man bedenkt, dass immer noch fast eine Million Haitianer ob-

dachlos und der medizinischen Katastrophe ausgesetzt sind.

Die unzureichende Reaktion auf die Choleraepidemie in Haiti wirft ein schlechtes Licht auf das internationale Hilffsystem. In den Neunzigerjahren entwickelten die Vereinten Nationen einen bedeutenden institutionellen Apparat, um humanitäre Hilfe leisten zu können. Sie kreierten das UNO-Büro für Humanitäre Angelegenheiten (später OCHA), das einen Koordinationsauftrag erhielt - und schafften damit die Illusion, ein zentralisiertes Hilffsystem sei besonders effizient.

Nach dem Tsunami in Asien wurde 2005 das System des kurzfristigen Notfallfinanzierungsmechanismus CERF erneut aktualisiert und das sogenannte Clustersystem für die Verbesserung der Nothilfekoordination entwickelt: Elf Fachbereichsgruppen (also Cluster) gehen Partnerschaften ein.

Heute ist die Landschaft der Hilfsorganisationen mit Clustersystemen für Bereiche wie Gesundheit, Unterkunft und Wasser-Sanitär überzogen, die unrealistischerweise versuchen, Hilfsorganisationen - grosse und kleine - unter einer Führung zusammenzubringen. Seit dem Erdbeben zählt der UNO-Gesundheitscluster allein 420 Organisationen in Haiti.

Anstatt technische Unterstützung anzubieten, von denen viele NGOs profitieren könnten, sind diese Cluster besten-

falls geeignet, Basisinformationen und ein paar wenige konkrete Lösungen weiterzugeben. Ich erlebte, wie der haitianische Präsident René Préval in seiner Verzweiflung persönlich den Vorsitz eines Gesundheits-Cluster-Meetings übernahm, um die dringende Bekämpfung der Cholera voranzutreiben. Das dokumentiert die eklatanten Schwächen des Systems.

Grundbedürfnisse unerfüllt

Die Koordination von Hilfsorganisationen ist für die Geberregierungen, die politischen Einfluss suchen oder farbige Präsentationen brauchen, eine prestigeträchtige Aktion. In Haiti allerdings unterstützt dieses System Organisationen, die die Kapazitäten oder das Know-how nicht besitzen, rasch und kompetent zu handeln. Das Ergebnis: Die Grundbedürfnisse der Menschen bleiben oft unerfüllt.

Auch wenn Koordination wichtig ist, darf sie nicht dem Selbstzweck dienen. Sie muss realitätsnah und handlungsorientiert sein. In Haiti wird die Cholera deshalb weitere Menschenleben fordern. Die Hilfsgemeinschaft ist in ihrer Gesamtheit an der Lösung des Problems gescheitert.

Unni Karunakara ist Präsident der Hilfsorganisation Médecins Sans Frontières International (MSF). Dieser (gekürzte) Artikel erschien zuerst im britischen «Guardian».